

SCHULSTRUKTUR – AKTUELLE ENTWICKLUNGEN UND UNGELÖSTE PROBLEME

DDS – Die Deutsche Schule
115. Jahrgang 2023, Heft 4, S. 302–314
<https://doi.org/10.31244/dds.2023.04.02>
CC BY-NC-ND 4.0
Waxmann 2023

Katharina Sass

Bündnis der Gesamtschulgegner*innen?

Die Rolle der CDU in der Bildungspolitik von NRW in den 1950er bis 1970er Jahren

Zusammenfassung

*Die späten 1960er und frühen 1970er Jahre waren das letzte Zeitfenster in Deutschland, in dem die flächendeckende Einführung der Gesamtschule und die Abschaffung des Gymnasiums in reformorientierten Kreisen als realistische Ziele galten. Der vorliegende Artikel untersucht historisch-soziologisch am Beispiel von NRW, woran diese Ambitionen scheiterten. Ein wichtiger Faktor war, dass es der CDU gelang, ein klassenübergreifendes Bündnis zu schmieden, welches Wurzeln im politischen Katholizismus hatte, und in welchem sich auch die Landbevölkerung und die katholische Lehrer*innenschaft repräsentiert sahen. Obwohl es um das Jahr 1970 herum in der CDU eine gewisse Reformbereitschaft gab, konnten sich am Ende dieses Reformfensters die Klasseninteressen der oberen Schichten in der Gesamtschulfrage durchsetzen. Dies hing auch mit dem grassierenden Antikommunismus zusammen, der die CDU-geführte Allianz zusammenhielt, die gesellschaftliche Linke hingegen spaltete.*

Schlüsselwörter: Gesamtschule; Bildungspolitik; Schulreform; CDU; Nordrhein-Westfalen

A Coalition of Comprehensive School Opponents?

The Role of the CDU in NRW Education Politics during the 1950s to 1970s

Abstract

The late 1960s and early 1970s were the last window of opportunity in Germany in which the nationwide introduction of the comprehensive school and the abolition of the Gymnasium were considered realistic goals in reform-oriented circles. This article examines, for the case of North Rhine-Westphalia, the reasons why these ambitions failed. One important factor was that the CDU (the “Christian-Democratic Union”) succeeded in forging a cross-class alliance that had roots in political Catholicism and in which the rural population and Catholic teachers also saw themselves represented. Although

there was a certain willingness to reform in the CDU around 1970, at the end of the reform window, the interests of the upper classes were able to prevail on the comprehensive school issue. This was also related to rampant anti-communism, which held the CDU-led alliance together but divided the left.

Keywords: comprehensive school; education politics; cross-class coalitions; CDU; North-Rhine Westphalia

1 Einführung

Die Frage, woran die Einführung einer flächendeckenden Gesamtschule in den 1960er und 1970er Jahren gescheitert ist, ist nicht nur von historischem Interesse. In diesem Zeitfenster wurden Weichen gestellt, die das deutsche Schulsystem bis heute geprägt haben. Im vorliegenden Artikel geht es um die Frage, wie es der CDU und verbündeten Akteur*innen in Nordrhein-Westfalen (NRW) gelingen konnte, den Trend zu Reformen des Schulsystems auszubremsen, die Einführung einer flächendeckenden Gesamtschule und einer kooperativen Schule durch die SPD/FDP-Regierung zu verhindern und auch solche Teile der Bevölkerung gegen die Gesamtschule einzunehmen, die selbst nicht dem Gymnasialklientel zuzurechnen waren.

In der internationalen Literatur werden verschiedene Erklärungsfaktoren diskutiert. Baldi (2012) und Heidenheimer (1974) weisen darauf hin, dass im Bildungsbürgertum eine konservative Haltung gängig war, der zufolge das Gymnasium als eigener Bildungsgang nötig sei, um Eliten heranzuziehen. Bildungsunterschiede seien ein Resultat genetischer Veranlagungen. Weder Baldi (2012) noch Heidenheimer (1974) können jedoch erklären, was eine solche Ideologie für diejenigen Teile der Gesellschaft attraktiv gemacht haben kann, die davon selbst nicht profitierten, beispielsweise die Landbevölkerung oder die religiösen Unter- und Mittelschichten.

Wiborg (2010) begründet das Scheitern der deutschen Gesamtschulambitionen mit dem Versagen der deutschen Sozialdemokratie bei dem Versuch, ein breites gesellschaftliches Bündnis zu schmieden. Sie führt dies darauf zurück, dass die deutsche Sozialdemokratie zu links gewesen sei. Diese Einschätzung hält allerdings einem historischen Vergleich nicht stand, denn die skandinavische Sozialdemokratie war in vielerlei Hinsicht radikaler (Sass, 2022a).

Auch die föderale Struktur der Bundesrepublik und die daraus resultierenden „veto points“ werden als Gründe dafür angeführt, dass Schulreformen in Deutschland schwer umzusetzen sind (Ertl & Phillips, 2000). Dass Deutschland föderal organisiert ist, kann allerdings nicht erklären, warum in einem einzelnen Bundesland die Reformbewegung nicht erfolgreicher war. Wichtiger sind wohl die von Edelstein (2022) diskutierten Faktoren wie institutionelle Pfadabhängigkeit und auf Macht und Legitimation basierende Reproduktionsmechanismen.

Im Folgenden wird ein Rokkanscher Analyseansatz vorgestellt, der zur Erweiterung des bisherigen Kenntnisstandes und damit vielleicht zu einem besseren Verständnis

des deutschen Weges beitragen kann. Basierend auf einer Analyse der gesellschaftlichen Spaltungsstrukturen wird diskutiert, wie es der CDU gelang, in der Bildungspolitik ein klassenübergreifendes Bündnis zu schmieden, welches nicht nur auf dem Klassengegensatz, sondern auch auf anderen gesellschaftlichen Spaltungslinien wie der Staat-Kirche-Spaltung und der Stadt-Land-Spaltung aufbaute. Um dieses Bündnis zusammenzuhalten, musste die CDU interne Kompromisse machen und verschiedene Interessen vertreten. Dennoch setzten sich, vor dem Hintergrund der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage, in der Gesamtschulfrage schlussendlich die Klasseninteressen der oberen Schichten innerhalb der CDU durch. Dazu trug auch die antikommunistische Ideologie bei, die die gesellschaftliche Linke spaltete, für die CDU-geführte Allianz hingegen wie ein ideologischer Leim fungierte.

2 Rokkanscher Theorierahmen

Stein Rokkan (2000) war ein politischer Soziologe und Mitbegründer der vergleichenden Politikwissenschaft. Bekannt geworden ist seine Spaltungstheorie, in welcher er analysiert, auf welchen gesellschaftlichen Spaltungslinien politische Bewegungen, Parteien und Systeme fußen. Spaltungen, oder „cleavages“, sind für Rokkan politische Gegensätze, die materiell, ideologisch und organisatorisch fundiert sind (vgl. Bartolini, 2000, S. 25).

Bei der Klassenspaltung handelt es sich um den Gegensatz zwischen Besitzenden und Nicht-Besitzenden, welcher im Zuge der Industrialisierung zur Entstehung von Arbeiterbewegungen führte. Bis heute kommt diese Spaltung im Gegensatz zwischen linken und rechten Parteien und zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen zum Ausdruck. Obwohl Rokkan (2000) die Klassenspaltung als politisch dominanteste Spaltung in Europa nach dem zweiten Weltkrieg betrachtet, geht es in seiner Theorie im Kern darum, unser Verständnis politischer Koalitionen um weitere Dimensionen zu erweitern.

Für Länder mit protestantischen und katholischen Bevölkerungsanteilen, wie z. B. Deutschland, stellt er die Staat-Kirche-Spaltung als wichtig heraus. Diese Spaltung führte im Preußen des 19. Jahrhunderts zum „Kulturkampf“ zwischen katholischer Kirche und protestantischen Staatseliten. Ein Resultat dessen war die Entstehung des politischen Katholizismus in Form von Parteien wie dem deutschen Zentrum. Das Zentrum repräsentierte die katholische Bevölkerungsminderheit und die Interessen der katholischen Kirche. Die katholische Bevölkerung wurde in Preußen von der Verwaltung diskriminiert, besaß weniger und stellte einen großen Teil der Arbeiterschaft (vgl. Schmitt, 1989, S. 37, 49). In der Bildungspolitik war das entscheidende Thema für das Zentrum, die katholischen Volksschulen, das heißt den getrennten Unterricht von katholischen und protestantischen Kindern, zu bewahren, um sicherzustellen, dass katholische Kinder in das katholische Milieu hineinsozialisiert wurden.

Nach dem zweiten Weltkrieg ging aus dem Zentrum die Christlich-Demokratische Union, die CDU, hervor, die nun als konfessionelle Union konzipiert war und kon-

servative protestantische Eliten miteinschloss. Im Vergleich zum Zentrum wurde die CDU damit eindeutiger zu einer Partei der politischen Rechten. In NRW war die CDU jedoch immer noch katholisch dominiert und hatte einen bedeutenden Arbeitnehmerflügel (vgl. Schmitt, 1989, S. 78 ff). Der Kulturkampf führte auch zur Entstehung katholischer Gewerkschaften und Organisationen. Dazu zählen der bis heute existierende Verein katholischer deutscher Lehrerinnen (VkdL) und die Organisationen der katholischen Lehrer, die 1970 im Verein Bildung und Erziehung (VBE) aufgingen, der also seine Wurzeln im politischen Katholizismus hat.

Eine andere der von Rokkan (2000) diskutierten Spaltungen ist die Stadt-Land-Spaltung zwischen urbanen und ländlichen Bevölkerungsgruppen, die wie die Staat-Kirche-Spaltung auf gegensätzlichen ökonomischen Interessen wie auf kulturellen Gegensätzen fußt. In Ländern mit katholischen Parteien kam diese Spaltung weniger zum Ausdruck, weil die katholische Landbevölkerung durch katholische Parteien repräsentiert wurde und keine eigenen Bauernparteien gründete. Dies steht im Gegensatz zu Skandinavien, wo die Parteien der Peripherie eine entscheidende Rolle gespielt haben (Sass, 2022a). Im NRW der Nachkriegsjahrzehnte war es die CDU, die die Interessen der Landbevölkerung gegen die urban orientierte Sozialdemokratie vertrat, beispielsweise im Kampf um die Zentralisierung kleiner „Zwergschulen“.

Weiter analysiert Rokkan (2000) die Spaltung zwischen der sozialistisch oder sozialdemokratisch orientierten und der kommunistischen Bewegung, die er manchmal auch als National-International-Spaltung bezeichnet. In der BRD der 1950er bis 1970er Jahre machten Kommunist*innen nur noch eine kleine Minderheit aus. Allerdings war die DDR als kommunistische Alternative täglich präsent. Vor diesem Hintergrund entwickelte sich der Antikommunismus zu einer weitgehend unreflektierten, emotionalisierten, allgemein vorherrschenden Ideologie (Hofmann, 1967; Mitscherlich & Mitscherlich, 2007; Schwan, 1999). Auch die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften mussten sich zu antikommunistischen Angriffen positionieren. Gleichzeitig fanden heftige interne Strömungskämpfe statt (vgl. Sass, 2022a, S. 201–213).

Schlussendlich ist der Rokkanschen Theorie der Begriff einer Geschlechterspaltung hinzugefügt worden (Sass & Kuhnle, 2022). Die Geschlechterspaltung war überlagert durch andere Spaltungen, so dass keine geeinte Frauenbewegung entstand, sondern zum Beispiel katholische Lehrerinnen sich eigenständig organisierten. In der Bildungspolitik vertraten diese katholischen Frauen konservativere Haltungen und wurden Teil der CDU-geführten Allianz (Sass, 2022b).

3 Forschungsdesign und Quellen

Nachfolgend werden Befunde aus einem historisch-soziologischen Forschungsprojekt zur Bildungspolitik in Norwegen und Deutschland/NRW in den 1950er bis 1980er Jahren zusammengefasst (Sass, 2022a, im Erscheinen). Der Vergleich zwischen dem norwegischen und deutschen Fall wird hier nicht aufgegriffen, hat aber insofern zur

Analyse beigetragen, als erst der Vergleich die Frage nach den unterschiedlichen Spaltungsstrukturen hervorgebracht hat.

Im Laufe des Projektes wurden Primärquellen wie Parteiprogramme, Landtagsdebatten und andere parlamentarische Dokumente ausgewertet. Auch Jahrbücher und Dokumente der Lehrer*innenorganisationen und Sekundärquellen wurden zu Rate gezogen. Darüber hinaus wurden für den Fall NRW qualitative Interviews mit zwölf Personen geführt, die in der fraglichen Zeit entweder der CDU, der SPD, der FDP, dem Philologenverband, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), dem VBE oder der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule (GGG) angehörten. In den Interviews ging es um die politischen Kräfteverhältnisse in den 1960er und 1970er Jahren. Zusammen mit den schriftlichen Quellen ergibt sich ein vielschichtiges Bild.

Im Folgenden wird mit der CDU eine Akteurin herausgegriffen, die maßgeblich dazu beigetragen hat, dass weitergehende Gesamtschulreformen nicht erfolgreich waren. Eine umfangreichere chronologische Darstellung, die andere Entwicklungen stärker mit einbezieht, findet sich bei Sass (2022a).

4 Kampf für katholische Volks- und Privatschulen, kurzzeitige Reformbereitschaft und konservative Konsolidierung: Die CDU-geführte Allianz in der Bildungspolitik

Dass es in NRW gelang, große Teile der Bevölkerung gegen die Gesamtschule einzunehmen, ist offensichtlich. Obwohl Reformbefürworter*innen argumentierten, dass die Gesamtschule in ländlichen Räumen Probleme lösen könne, unterstützte 1978 ein großer Teil der ländlichen und katholischen Bevölkerung ein Volksbegehren gegen die kooperative Schule (vgl. Rösner, 1981, S. 172; Seifert, 2013). Bei der kooperativen Schule handelte es sich um ein abgeschwächtes Gesamtschulmodell, in welchem drei Schulzweige unter einem Dach angeboten werden sollten. Die kooperative Schule war nur als Angebotsschule gedacht. Überzeugte Gesamtschulbefürworter*innen hielten nicht viel davon. Trotz der Bescheidenheit des Modells entwickelte sich eine polarisierte Debatte, die darin kulminierte, dass 29,8 Prozent der stimmberechtigten Bevölkerung für ein Volksbegehren unterzeichneten. Die Landesregierung nahm die Reform zurück.

Um die Polarisierung dieser Zeit zu verstehen, reicht es nicht, die unmittelbaren Klasseninteressen der Akteur*innen zu betrachten. Die Einführung der kooperativen Schule war, für sich genommen, kein weltbewegender Einschnitt und hätte für den ländlichen Raum Vorteile gebracht. Dennoch gelang es der CDU und Verbündeten wie dem Philologenverband, in dieser Debatte eine Allianz zu schmieden, deren historische Wurzeln und inhaltlicher Kern weit über die Frage der kooperativen Schule hinausreichten.

Bereits unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg kam nämlich in NRW eine historische Konfliktlinie in der Bildungspolitik erneut zum Vorschein, die auf der alten Staat-Kirche-Spaltung basierte: der Kampf um die öffentlichen katholischen Volksschulen und die katholischen Privatschulen. Die Nationalsozialisten hatten die Volksschulen entkonfessionalisiert und die christlichen Privatschulen abgeschafft. Nun ging es für die CDU darum, dies rückgängig zu machen. Die Wiedereinführung der Konfessionsschulen führte besonders im ländlichen Raum bisweilen zur Gründung kleiner Volksschulen mit nur einer Klasse für alle Altersgruppen (vgl. Düding, 2008, S. 268–271).

1950 versagten SPD, FDP und KPD der NRW-Verfassung die Zustimmung, weil darin der konfessionelle Charakter der Volksschule und die öffentliche Finanzierung der Privatschulen festgeschrieben wurden. Darüber hinaus hieß es in Artikel 12 der Verfassung, dass einklassige Volksschulen den Anforderungen an einen „geordneten Schulbetrieb“ genügten. Mit dem Schulordnungsgesetz von 1952 wurde die Konfessionalisierung des Schulsystems weiter verfestigt (vgl. Eich, 1987, S. 259 ff.; Sass, 2022a, S. 163–175). 1961 verabschiedete die CDU-Regierung gegen den Widerstand von SPD und FDP das Ersatzschulfinanzgesetz.

Die CDU übernahm auf diesem Feld zunächst vollständig die Rolle des alten Zentrums. Viele der führenden CDU-Abgeordneten waren ehemalige Zentrums-Abgeordnete. Die Konfessionsschule und die finanzielle Absicherung der katholischen Privatschulen waren ihnen ein Herzensanliegen. Einigen CDU-Abgeordneten waren die kleinen Landschulen auch als kulturelle Zentren in den Dörfern wichtig. Sie bekämpften deshalb die von SPD und FDP angestrebte Zentralisierung. Diese Politiker*innen sahen sich nicht in erster Linie als Repräsentant*innen einer sozialen Klasse, obwohl manche dem CDU-Arbeitnehmerflügel der „Sozialausschüsse“ zuzurechnen waren, sondern als Repräsentant*innen der katholischen Landbevölkerung und katholisch geprägter Überzeugungen über Klassengrenzen hinweg. Für sie ging es darum, das katholische Milieu und den Einfluss der Kirche zu bewahren. Erst 1966, als SPD und FDP gemeinsam an die Regierung kamen, gelang es nach langwierigen Verhandlungen mit der CDU, einen Kompromiss für eine Verfassungsänderung zu finden. Die Hauptschule wurde institutionell von der Grundschule entkoppelt und entkonfessionalisiert, während die Grundschule zu einem erheblichen Teil konfessionell gebunden blieb.

Dass ein solcher Kompromiss möglich war, hatte auch mit generationellen Veränderungen in der CDU zu tun. Auf die Frage, ob der Reformgeist der 1960er und 1970er Jahre die CDU zu einem gewissen Grad erfasst habe, antwortete Wilhelm Lenz, der langjährige Spitzenpolitiker der CDU:

„Ja. Der Grund dafür war, dass die alte Generation [...] weg war. Die Nachfolger waren junge Leute. [...] Die waren offener [...]. Und zum Teil gab es auch die Meinung, wir dürfen nicht ewig ‚nein‘ sagen in Fragen der Schulentwicklung.“
(Interview)

Dies hatte sich bereits in den Jahren 1962 bis 1966 unter der Ägide des vergleichsweise reformorientierten jungen CDU-Kultusministers Paul Mikat bemerkbar gemacht. Mikat sorgte für den Ausbau von Realschulen und Gymnasien auf dem Land, für den Ausbau von Abendschulen, und unterstützte Experimente mit Gesamtschulen (vgl. Kultusministerium NRW, 1965, 1967; Mikat, 1966, S. 38). Auch die Zentralisierung der kleinen Landschulen trieb er voran. Dass er in manchen Punkten mit Teilen der CDU-Fraktion über Kreuz lag, war ein offenes Geheimnis.

In ihrem Programm zur Landtagswahl von 1970 forderte die CDU NRW nun eine „sinnvolle Integration aller Bildungseinrichtungen“, wobei die Prinzipien „Durchlässigkeit und Differenzierung“ gleichrangig sein sollten. Außerdem forderte sie eine zehnjährige Schulpflicht und eine Lehrkräfteausbildung, die sich an Schulstufen orientiere. Allerdings müssten begabte Kinder besonders gefördert werden. 1971 veröffentlichte die Bundes-CDU ein Schul- und Hochschulreformprogramm, in welchem es hieß, „die neue Sekundarstufe überwindet die Dreigliedrigkeit durch einen übersichtlichen, durchlässigen Schulverbund“.

In NRW hatte die CDU-Fraktion 1971 einen Antrag vorbereitet, der Versuche mit sogenannten „kooperativen Gesamtschulen“ vorschlug; dies war als Alternative zur integrierten Gesamtschule gedacht. Betont wurde, dass diese Schulform „mehr sein sollte als eine additive Kombination von Hauptschule, Realschule und Gymnasium“, dass sie eine gemeinsame Schulleitung haben und einen Wechsel zwischen den Schulzweigen ermöglichen solle (Landtag NRW, 1971).

1973 schlug der CDU-Abgeordnete Karl Nagel, ein Hauptschullehrer, in einer Ausschusssitzung vor, die kooperative Gesamtschule, wie von der CDU konzipiert, ohne weitere Versuche flächendeckend zum 1. August 1974 einzuführen. Während die Schulversuche mit integrierten Gesamtschulen nur einen kleinen Teil der Schüler*innen erfassten, sei mit dem CDU-Vorschlag von 1971 „eine Reform der gesamten Sekundarstufe I“ eingeleitet worden (Landtag NRW, 1973, S. 9). Wären SPD und FDP diesem Vorschlag gefolgt, wäre das Gymnasium auf einen Zweig innerhalb der kooperativen Schule reduziert worden. Die Bildungspolitiker*innen der SPD favorisierten jedoch die integrierte Gesamtschule. Sie sahen in dem CDU-Vorschlag eine Fortsetzung des traditionellen Schulsystems mit dem „Feigenblatt der sogenannten Kooperation“, da der CDU-Vorschlag eine differenzierte, nicht eine integrierte Orientierungsstufe vorsah (Hans Schwier, SPD-Abgeordneter, Landtag NRW, 1973, S. 11). Anfang der 1970er Jahre wurde die CDU dennoch vom Philologenverband nicht als stabiler Bündnispartner wahrgenommen, sondern als „in verschiedene bildungspolitische Richtungen gespalten“ (Fluck, 2003, S. 228).

Ab Mitte der 1970er Jahre begann die Stimmung zu kippen und die Gesamtschule wurde zunehmend zum Konfliktthema. Der wirtschaftliche Umschwung war ein Grund dafür, dass das Reformfenster sich zu schließen begann. Die Arbeitslosigkeit stieg und die Stahlindustrie befand sich in der Krise (vgl. Briesen, 1995, S. 244). In der NRW-Wahl 1975 und der Bundestagswahl 1976 verlor die SPD an Boden. In seiner

Abb. 1: CDU-Pamphlet gegen sozial-liberale Schulpolitik, 1974

*1. 10. vert. Termin CDU
über 95 pro Contra*

Schule '74 CDU-aktuell Schule '74

Eine falsche Schulpolitik der SPD/FDP-Landesregierung hat an unseren Schulen dazu geführt, daß ein erheblicher Organisationswirrwarr herrscht und daß extreme Gruppen immer mehr ihren Einfluß auf unsere Kinder ausüben können.

| Eltern wehrt Euch | ■ gegen den Mißbrauch unserer Schule ■

Laßt nicht zu ... daß unsere Kinder zu Versuchskaninchen reformbesessener Bildungsphantasten werden!
... daß unsere Kinder zu antidemokratischen Klassenkämpfern erzogen werden!
... daß rechte und linke Extremisten die Lehrer unserer Kinder sein dürfen!

Unterstützen Sie . . . unsere „Sechs Thesen zur Schulpolitik“ 

*23.7. Rahmen-
mitteilungen*

unsere Aktion „Gegen den den Mißbrauch unserer Schule“

*Außenbereichsleiter Sätze für Lieschen Müller | Geld f. 30 wird heute
f. 16 95 ausgegeben*

CDU-aktuell Schule '74 CDU-aktuell

Quelle: Anne Ratzki, persönliches Archiv. Die Notizen stammen von Anne Ratzki.

ersten Regierungserklärung nach der Landtagswahl 1975 wies SPD-Ministerpräsident Kühn darauf hin, dass die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums zu einer Verringerung der öffentlichen Einnahmen führe. Nun sei das Ziel, erreichte Reformen zu sichern und „nüchtern“ fortzuführen (Landtag NRW, 1975, S. 14). Weiterreichende schulpolitische Vorschläge enthielt die Koalitionsvereinbarung nicht. Die Versuche mit Gesamtschulen sollten mit der früher geplanten Zahl von 30 Schulen fortgesetzt werden.

Der Reformwille der CDU war verfliegen. Im Wahlprogramm der CDU NRW von 1975 hieß es, eine gegliederte Schulstruktur entspreche „unterschiedlichen Begabungsstrukturen“ und vermittele „Chancengerechtigkeit“. Hauptschule, Realschule und Gymnasium müssten als „gleichwertige Schulen“ in „überschaubaren Größen“ weiterentwickelt werden. Eine neue Strategie des CDU-Führungspersonals bestand nun darin, die Schulstruktur durch eine hauptschulorientierte Rhetorik zu rechtfertigen. Einige CDU-Abgeordnete, wie Karl Nagel oder Peter Giesen, brannten aufrichtig für diese Schulform. CDU-Spitzenpolitiker Wilhelm Lenz erklärte im Interview, dass ihn die Anhänger*innen der Hauptschule in CDU-internen Debatten davon überzeugt hätten, ihre Anstrengungen für eine bessere Finanzierung dieser Schulform zu unterstützen. Gleichzeitig propagierte er das Gymnasium als die Schule der „Leistungsstarken“. Dieser innerparteiliche Klassenkompromiss befriedete die Vertreter*innen der Hauptschulklientel. Solange alle Schulformen wertgeschätzt wurden, sah eine geeinte CDU keinen weiteren Reformbedarf. So bemerkte der CDU-Abgeordnete und Hauptschullehrer Albert Pürsten in einer Parlamentsdebatte, dass zwei seiner Töchter die Hauptschule besucht, aber die Mittlere Reife erworben hätten. Für ihn war dies der Beweis, dass eine weitere Schulreform nicht notwendig sei, weil die Durchlässigkeit des Schulsystems bereits erreicht sei (vgl. Landtag NRW, 1974, S. 4461).

Gleichzeitig machte sich verstärkt ein antikommunistischer Grundton bemerkbar. Das in Abbildung 1 auf der vorherigen Seite dargestellte Flugblatt ist dafür charakteristisch, auch wenn nicht abschließend geklärt werden konnte, ob es aus Hessen oder aus NRW stammt. Auch im CDU-Bundeswahlprogramm von 1976 wurden „gefährliche Experimente und sozialistische Erziehung auf Kosten unserer Kinder, ihrer Eltern und unser aller Zukunft“ angeprangert. SPD und FDP wurden angeklagt, die Schule als „ideologisches Experimentierfeld“ zu missbrauchen. Die Gesamtschule und die kooperative Schule wurden zum Symbol linker Reformpolitik.

Damit befand sich die CDU nun wieder mehr auf Linie mit dem Philologenverband, der 1977 die Bürgeraktion für das Volksbegehren gegen die kooperative Schule ins Leben rief. Den VBE, der noch immer viele katholische Mitglieder auch aus den Reihen der Kommunal- und Landespolitiker*innen der CDU hatte, stellte diese Bewegung vor Herausforderungen. Der VBE unterstützte zwar Experimente zur Integration der Schulformen, lehnte jedoch eine Gesamtschule als Instrument antikapitalistischer Gesellschaftsveränderung ab (VBE, 1974). Er strebte die Aufwertung der Hauptschule durch eine Integration von Haupt- und Realschule an (VBE, 1978). Der Verband wollte nicht mit sozialistischen Ideen in Verbindung gebracht werden. Wie Uwe Franke, Vorsitzender des VBE NRW von 1980 bis 1995, erklärte:

„Ich denke, dass [...] der Begriff Gesamtschule in den frühen 1970er Jahren gesellschaftspolitisch überfrachtet war. [...] Zumindest in diesem Klassenkampf, der [...] von großen intellektuellen Gruppen ausgerufen wurde, wurde er auch als Begriff verwendet, der Konservative und Gemäßigte denken ließ: Das ist die Schule der Umerziehung.“ (Interview)

Der VBE versuchte daher, sich aus dem Konflikt um die Gesamtschule und die kooperative Schule herauszuhalten. Stattdessen gaben innerhalb des klassenübergreifenden Bündnisses, welches die CDU trotz allem darstellte, konservative Stimmen verstärkt den Ton an. Diejenigen CDU-affinen Bevölkerungsteile, denen die Gesamtschule Vorteile hätte bringen können, wurden mit antikommunistischer Propaganda eingeschüchert. Gleichzeitig waren sie kulturell weit entfernt von der Sozialdemokratie, welche sie als urban-orientiert und kirchenfeindlich wahrnahmen. Außerdem hatte innerhalb des gegliederten Systems tatsächlich eine Bildungsexpansion eingesetzt, so dass weitere Reformen vielen als unnötig erschienen.

5 Schlussbetrachtung: Gesamtschulpolitik und die Lehren aus der Geschichte

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Scheitern der flächendeckenden Einführung der Gesamtschule nicht nur ein Resultat der Klassenspaltung, sondern ein Ergebnis des Zusammenwirkens verschiedener Spaltungen war. Die Spaltung der Bevölkerung und der Lehrenden entlang der Konfession stand einem geeinten Bündnis für die Gesamtschule im Wege. Antikommunistische Denkmuster erleichterten es, gegen die Gesamtschule Angst zu schüren. Darüber hinaus gelang es der CDU, die Interessen der katholischen Landbevölkerung zu integrieren, indem sie sich für katholische Grund- und Privatschulen, den Ausbau des gegliederten Systems auf dem Land sowie für die Erhaltung kleiner Landschulen einsetzte. Dies bedeutete, dass zwar die Klasseninteressen der oberen Schichten im Kampf gegen die Gesamtschule schlussendlich an erster Stelle standen, dass gleichzeitig jedoch innerhalb der CDU Kompromisse gemacht wurden und ein ideologischer Konsens entstand.

Aus dieser Analyse für die heutige Situation in NRW Lehren zu ziehen, ist nicht einfach. Man kann konstatieren, dass die CDU auch heute nicht einheitlich agiert, sondern Teile der Partei auf lokaler Ebene die Gründung von Gesamtschulen vorantreiben, beispielsweise in Köln. Dies wird meist damit begründet, dass viele Eltern sich die Gesamtschule wünschen. Auch die katholische Kirche plant eine katholische Gesamtschule in Köln-Kalk. Einerseits gibt es also im CDU-Milieu eine gewisse Aufgeschlossenheit für die Gesamtschule und werden klassenübergreifende Kompromisse innerhalb der Partei anscheinend immer noch angestrebt. 2011 hat die CDU auch die Einführung der Sekundarschule mitgetragen, allerdings im Tausch gegen eine Zementierung der Mehrgliedrigkeit bis 2023. Die sich länderübergreifend abzeichnende Entwicklung hin zur Zweigliedrigkeit wird also andererseits dadurch torpediert, dass die Abschaffung der Hauptschule und der Realschule trotz sinkender Schüler*innenzahlen herausgezögert werden. Vor allem privilegierte Eltern befürworten in Umfra-

gen die Existenz der Hauptschule und damit letztlich die soziale Segregation der hier verbliebenen Schüler*innenschaft (vgl. Makles et al., 2022, S. 116). Die Bildungspolitik der CDU NRW steht mit diesen Interessen immer noch weitgehend im Einklang. Sollte die CDU zum Beispiel in Folge einer neuen bildungspolitischen Reformbewegung in die Defensive kommen, ist aber nicht auszuschließen, dass sie erneut Politiker*innen hervorbringt, die – wie Paul Mikat in den 1960er Jahren – bereit wären, eine grundsätzlichere Reform der Schulstruktur in Angriff zu nehmen.

Offenkundig ist allerdings, dass die antikommunistische Ideologie in Deutschland fortlebt, zur Erhaltung konservativer Hegemonie beiträgt und Reformbündnisse erschwert. Bildungspolitische Reformideen wie die einer integrierten Sekundarstufe I werden bis heute mit linksradikalem Gedankengut in Verbindung gebracht und dadurch delegitimiert. Die Idee der Zweigliedrigkeit ist zwar weniger radikal. Trotzdem gilt es in NRW schnell als anrühlich und „ideologisch“, in der Bildungspolitik mehr tun zu wollen, als die Mehrgliedrigkeit zu verwalten oder durch kleinere Eingriffe – wie die Einführung der Sekundarschule – zu erhalten.

Auch die konfessionelle Zugehörigkeit ist nicht bedeutungslos geworden, auch wenn diese Spaltung sich abgeschwächt hat. In NRW gibt es bis heute öffentliche katholische Grundschulen, die bevorzugt katholische Kinder aufnehmen und den Gesamtschulcharakter der Grundschule untergraben. Die Abschaffung der Konfessionsschule bleibt eine unerledigte Aufgabe. Auch die getrennte Organisation der Lehrkräfte nach Konfession lebt in Gestalt der Organisationen GEW und VBE fort, was für konservative Kräfte wie den Philologenverband von Vorteil ist. Gleichzeitig gibt es in der internationalen Forschung einen weitreichenden Konsens darüber, dass die Trennung der Kinder nach der vierten Klasse maßgeblich zur Determination von Bildungschancen beiträgt. Für eine Überwindung dieser frühen Trennung, eine Verlängerung der Grundschule, oder zumindest eine Entwicklung hin zur Zweigliedrigkeit politische Allianzen zu bilden, die über die „üblichen Verdächtigen“ hinausgehen, ist die große Herausforderung, vor der reformorientierte Kräfte in NRW noch immer stehen.

Literatur und Internetquellen

- Baldi, G. (2012). Schools with a Difference: Policy Discourses and Education Reform in Britain and Germany. *West European Politics*, 35 (5), 999–1023. <https://doi.org/10.1080/01402382.2012.706408>
- Bartolini, S. (2000). *The Political Mobilization of the European Left 1860–1960: The Class Cleavage*. Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/CBO9780511521560>
- Briesen, D. (1995). Vom Durchbruch der Wohlstandsgesellschaft und vom Ende des Wachstums 1955–1995. In D. Briesen, G. Brunn, R.S. Elkar & J. Reulecke (Hrsg.), *Gesellschafts- und Wirtschaftsgeschichte Rheinlands und Westfalens* (S. 202–268). Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen. Kohlhammer.
- Düding, D. (2008). *Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen. 1946–1980. Vom Fünfparteien- zum Zweiparteienlandtag*. Droste.

- Edelstein, B. (2022). *Stabilität und Wandel der deutschen Schulstruktur. Theoretische, empirische und konzeptionelle Beiträge zur institutionellen Evolution der Schulorganisation* [Dissertation]. Humboldt Universität zu Berlin.
- Eich, K.-P. (1987). *Schulpolitik in Nordrhein-Westfalen 1945–1954*. Schwann.
- Ertl, D., & Philips, D. (2000). The Enduring Nature of the Tripartite System of Secondary Schooling in Germany: Some Explanations. *British Journal of Educational Studies*, 48 (4), 391–412. <https://doi.org/10.1111/1467-8527.00154>
- Fluck, B. (2003). *Gymnasium. Auftrag. Fortschritt. Deutscher Philologenverband und Gymnasium im 19. und 20. Jahrhundert*. Pädagogik und Hochschul Verlag.
- Heidenheimer, A. J. (1974). The Politics of Educational Reform: Explaining Different Outcomes of School Comprehensivization Attempts in Sweden and West Germany. *Comparative Education Review*, 18 (3), 388–410. <https://doi.org/10.1086/445795>
- Hofmann, W. (1967). *Stalinismus und Antikommunismus. Zur Soziologie des Ost-West-Konfliktes*. Suhrkamp.
- Kultusministerium NRW. (1965). *Ausbau der Höheren Schule und der Realschule* (Schriftenreihe des Kultusministers, Strukturförderung im Bildungswesen des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 1). A. Henn.
- Kultusministerium NRW. (1967). *Ausbau des Gymnasiums und der Realschule. Zwischenbericht 1967*. (Schriftenreihe des Kultusministers, Strukturförderung im Bildungswesen des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 5). A. Henn.
- Landtag NRW. (1971, 15. November). *Antrag der Fraktion der CDU, Schulversuch „kooperative Gesamtschule“*. Drucksache 7/1215.
- Landtag NRW. (1973, 13. September). *Protokoll Kulturausschuss, 80. Sitzung (nicht öffentlich)*. Ausschussprotokoll 7/1155.
- Landtag NRW. (1974). *Plenarprotokoll 7/108, 7. Wahlperiode, 108. Sitzung am 11. Juli 1974* (S. 4415–4468).
- Landtag NRW. (1975). *Plenarprotokoll 8/2, 8. Wahlperiode, 2. Sitzung am 4. Juni 1975* (S. 11–17).
- Makles, A. M., Piegeler, M., & Schneider, K. (2022). *von4nach5 – Elternbefragung zur Schuwahl im Übergang von der Primarstufe in die Sekundarstufe I in der Stadt Köln*. Bergische Universität Wuppertal. https://www.wib.uni-wuppertal.de/fileadmin/wib/documents/publications/Bericht_von4nach5_web.pdf
- Mikat, P. (1966). *Grundlagen, Aufgaben und Schwerpunkte einer künftigen Kultur- und Schulpolitik im Landes Nordrhein-Westfalen. Eine Denkschrift vorgelegt von Kultusminister Prof. Dr. Paul Mikat*. A. Henn.
- Mitscherlich, A., & Mitscherlich, M. (2007/1967). *Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens*. Piper.
- Rokkan, S. (2000). *Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken*. Herausgegeben von P. Flora. Suhrkamp.
- Rösner, E. (1981). *Schulpolitik durch Volksbegehren. Analyse eines gescheiterten Reformversuchs*. Beltz.
- Sass, K. (2022a). *The Politics of Comprehensive School Reforms: Cleavages and Coalitions*. Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/9781009235211> [gratis zugänglich]
- Sass, K. (2022b). Struggling for Girls' Education: Coalition Strategies of Norwegian and German Women's Rights Activists in Comparative-Historical Perspective. *Paedagogica Historica*, <https://doi.org/10.1080/00309230.2022.2116290>
- Sass, K., & Kuhnle, S. (2022). The Gender Cleavage: Updating Rokkanian Theory for the Twenty-First Century. *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society*, 30 (1), 188–210. <https://doi.org/10.1093/sp/jxac003>

- Sass, K. (im Erscheinen). *Die Politik der Gesamtschulreform. Spaltungslinien, Akteure und Koalitionen in Deutschland und Norwegen*. Beltz Juventa.
- Schmitt, K. (1989). *Konfession und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland*. Duncker & Humblot.
- Schwan, G. (1999). *Antikommunismus und Antiamerikanismus in Deutschland. Kontinuität und Wandel nach 1945*. Nomos.
- Seifert, B. (2013). *Reformoptimismus und Bürgerwut. Das Volksbegehren gegen die "kooperative Schule" in Nordrhein-Westfalen*. ibidem.
- VBE (Verband Bildung und Erziehung). (1974). *Schulversuch Integrierte Gesamtschule in der Krise? Interview mit Prof. Dr. A Regenbrecht*. Gebrüder Wilke.
- VBE (Verband Bildung und Erziehung). (1978). *Hauptschule. Pädagogische Ziele – politische Entscheidungen*. Ferdinand Kam.
- Wiborg, S. (2010). Why Is There no Comprehensive Education in Germany? A Historical Explanation. *Journal of the History of Education Society*, 39 (4), 539–556. <https://doi.org/10.1080/00467601003685733>

Katharina Sass, Associate Professor am soziologischen Institut der Universität Bergen, Norwegen.

Korrespondenzadresse: Sosiologisk institutt, UiB, Postboks 7802, 5020 Bergen, Norwegen

E-Mail: katharina.sass@uib.no